

# Halle-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

erschint wochentlich am Sonntag, am Sonntag als Feilblatt. Die Bezugs-Gebühre beträgt in Stadt und Land (je nach der Post bei freier Zustellung monatlich M. 30.00, in den Postgebieten abgeholt M. 35.00 monatlich. Die abgesehenen Postgebühren-Zelle folgt im Entwerfe M. 3.00, im ausserordentlichen Entwerfe M. 6.00. Postamt des Mittelmeeres-Zelle M. 15.00 im Entwerfe und M. 30.00 im ausserordentlichen Entwerfe. Postgebühren-Zelle M. 15.00 monatlich.

Geschäfts-Gebühre: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Poststrasse 17. Fernsprecher-Bureauzentrale: Sammel-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Verwaltung: Halle a. S., Markt-Platz 24. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle'sche“. Druck-Verlag: Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig 2815. Verleger: „Gesellschaft Halle'sche“. Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig 2815. Verleger: „Gesellschaft Halle'sche“. Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig 2815. Verleger: „Gesellschaft Halle'sche“.

### Die vorläufigen Sanktionen.

Der erste Streik / Beforgnisse der Industriellen im Ruhrgebiet / Beginn der mündlichen Verhandlungen mit Bayern.

#### Die Verantwortung Amerikas.

„Als wir in den Krieg eintraten“, schreibt der bekannte amerikanische Finanzier Grant A. Vanderbilt in seinem jüngsten Buche: „Was aus Europa werden soll“, „und ihn tröstlich führen, und als wir die Grundzüge ausprägen, auf denen nach unserer Anschauung der Friede gegründet werden sollte, haben wir zweifellos gegen Europa eine Verantwortung auf uns genommen. Schrittweise haben wir auf die Führung verzichtet, die Verantwortung verlagert und uns von einem lästigen Anteil an den Geschäften nach dem Kriege zurückgezogen. Ganz Europa hatte das Gefühl, daß wir moralisch verfaßt haben, was groß auch unsere materielle Leistung gewesen sein mag.“

Vanderlip gehört zu denen — vorläufig leider noch nicht besonders zahlreichen — Amerikanern, die von jener Verantwortung hart durchdrungen sind und ihre Bemühnisse nicht nur aus reinen Geschäftserwägungen, sondern auch aus Gefühlen kultureller und ethischer Verpflichtung zu aktiver Beteiligung an europäischen Wiederaufbau drängen möchten. Sinnvollste, parvenhübe Vortragsüberzeugung fehlt ihm völlig; er spricht immer wieder mit Bewunderung und sogar mit einer gewissen Liebe von der europäischen Kultur, den europäischen Werten und ihren Eigenschaften, selbst von den Leistungen der europäischen Wirtschaft, die ihm keineswegs allgemein geringer scheinen als die amerikanischen, und er betont stets und wieder, daß die amerikanische Nation unbedingt verpflichtet sei, die europäischen Kultur, diesen europäischen Werten, dieser europäischen Wirtschaft zu Hilfe zu kommen, weil der alte Erdteil jetzt auch bei lebhaftester Wirtung nicht imstande sei, sich ausreichend selbst zu helfen und weil Amerika eben im Kriege eine Verantwortung übernommen habe, von der es noch nicht frei sei, weil es das begonnene und inzwischen von anderen verpfändete Werk nicht dem Zufall überlassen dürfe.

Amerikas Hauptpunkt liegt darin, daß es den Frieden nicht nach seinen, sondern nach den Prinzipien und Wünschen der europäischen Ententeimperium aus gestalten lieh. Vanderbilt sucht ängstlich den Gehirnen besonderen Vorliebe für Deutschland zu weiden; er macht aus seinen Sympathien für Frankreich kein Hehl, er erklärt, daß er die Furcht der Franzosen vor der Wiederverstärkung des deutschen Nachbarn durchaus verstehe, er nimmt in der Frage der Kriegsschuld sehr vorsichtige Stellung und urteilt hart, nach unserer Meinung übermäßig hart, aber das Regime des Kaiserlichen Deutschland. Aber er ist nicht nur Wirtschaftspolitiker genug, um die Torheit, die Aburteilung, die Unzufriedenheit, die verhängnisvollen Wirkungen der Pariser Verträge im allgemeinen und des Vertrags von Versailles im besonderen zu erkennen und zu betonen; er gibt auch ziemlich unverhüllt zu, daß der Versailles Vertrag im Grunde auf einem Widerspruch beruht, daß er auf der Basis der 14 Punkte abgeschlossen werden sollte und daß in letzter schließlich letzte der Geist und der Sinn der vom Präsidenten Wilson entworfenen Klauseln fast durchaus ins Gegenteil verkehrt worden ist. „Der Gegensatz zwischen dem Geist der 14 Punkte und dem Geist des Vertrages von Versailles ist vollkommen. Wenn man Unterlagen liest, um ihn moralisch, politisch, wirtschaftlich und rechtlich zu verurteilen, so braucht man nicht aus feindlichen Quellen zu schöpfen.“

Der Präsident Wilson hat sich während der Pariser Friedensberatungen völlig unfähig erwiesen, das große, aufbauende und verschönernde Programm des Weltfriedens zu verwirklichen, das seinen Namen trug und dem das amerikanische Parlament und das amerikanische Volk zugestimmt hatten. Er hat persönlich verjagt. Aber das amerikanische Volk kann nicht erklären: der Präsident hat nicht gehalten, was er versprochen und was die Welt sich von ihm versprochen; er trägt die Verantwortung für den Mißerfolg, nicht wir. Der Führer ist für sein Volk verantwortlich, aber auch das Volk für seinen Führer. Wird nicht das deutsche Volk für all den Schanden und all das Unglück haftbar gemacht, die nach der Meinung der anderen seine Regierung von 1914 angeht? Es gibt auch eine nicht nur eine Verantwortung für den Krieg, es gibt auch eine für den Frieden, der schlüssiger ist als der Krieg selbst. Die Verantwortung ist geteilt wie die Kriegsverantwortung; aber der Anteil des Mannes, der im Winter 1918/19 die Vereinigten Staaten vertritt, ist sehr beträchtlich, und jeder Schuldanteil seines Präsidenten verpflichtet Amerika.

#### Frankreichs Verlangen nach dem Ruhrgebiet.

Duisburg, 5. August. Aus industriellen Kreisen erfährt die „Dona“, daß die belgische Industrie hart beunruhigt ist über bestimmte Meldungen aus Paris, nach denen die Franzosen unter allen Umständen das Ruhrgebiet besetzen wollen. Die Befehle sollen nicht auf Grund der Demagogen der Auslieferungsgesellschaften, sondern als Eigenschaft der Bewilligung eines Moratoriums erfolgen. Die Entscheidung darüber hängt von der Londoner Konferenz ab. Sicheren Nachrichten zufolge werden die Franzosen in London ein kurzfristiges Moratorium

für Deutschland vorschlagen, das etwa bis Ende 1922 wahren soll. Dafür soll Deutschland aber neue sehr schwere Bestimmungen und Sicherstellungen auf sich nehmen. Zunächst verlangen die Franzosen als Unterpfand eine Befolgung von 26 Prozent an der deutschen Industrie, ferner die Inbetriebnahme der französischen Forsten und Bergwerke in eigene Regie und gewisse finanzielle Bedingungen. Sollte dieser langfristige Plan nicht die Zustimmung der übrigen Alliierten in London finden, dann wollen die Franzosen selbständig vorgehen. Sollten die Alliierten sich aber mit den französischen Vorschlägen einverstanden erklären, dann würde alles davon abhängen, ob Deutschland diese neuen Bedingungen erfüllen will oder nicht.

Wie verlautet, haben die Industriellen den Behörden von diesen Nachrichten bereits Mitteilung gemacht, doch ist in Berliner amtlichen Stellen noch keine Befolgung zu erlangen. Sollten die Mitteilungen, woran kaum zu zweifeln ist, richtig sein, dann würde Frankreich die Gewährung eines nur kurzfristigen Moratoriums für Deutschland von beachtlich strengen Bedingungen abhängig machen, damit ja gut wie nichts erreicht wäre, am allerwenigsten aber eine Besserung oder auch nur eine Stabilisierung der Marktsaluta.

#### Die Strafmaßnahmen.

Paris, 5. August (Eigene Drahtmeldung.) Havas veröffentlicht folgendes Kommuniqué: Da die deutsche Regierung heute nur eine historische Antwort erteilt hat, hat die französische Regierung folgende zur Sicherstellung ihrer Ansprüche bestimmte Beschlüsse gefaßt:

1. Die Auslieferungsmittel von Paris und Straßburg werden angefordert, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuheben.
2. Die Auslieferungsmittel erhalten Anweisung, für Rechnung der deutschen Regierung und aus dem Erlös der Liquidation der deutschen Güter in Frankreich die durch das Urteil des gemischten Schiedsgerichts gefällten Entscheidungen bis auf weiteres nicht zu bezahlen. Die Wirkungen des französisch-deutschen Abkommens vom August/September 1921, auf Grund dessen die von den Auslieferungsmitteln Paris und Straßburg gewährten Leistungen erfolgen, werden bis auf weiteres suspendiert und die deutsche Regierung wird die Urteile, die zu ihren Ungunsten ausgefallen sind oder ausfallen werden, aus eigenen Mitteln ausführen müssen.
3. Die Auslieferungsmittel Paris und Straßburg sind angewiesen worden, jede Liquidation des Reinerlöses aus Liquidation deutscher Güter in Frankreich einzustellen. Diese Maßnahmen werden die Entschädigung Deutschlands mit in Frankreich liquidiertem Besitz praktisch unmöglich machen und Deutschland hindern, sie im Interesse dieser Kategorie seiner Staatsangehörigen zu verändern.
4. Die im Gange befindliche Ausführung des in Wiesbaden beschlossenen Abkommens, das die Wiedereinführung von Weizen, das von deutschen Eigentümern im Falle zurückgelassen wurde, vorrätig wird suspendiert.
5. Falls die verschiedenen Maßnahmen zur Regelung dieser Frage nicht ausreichen sollten, werden sie durch weitere progressive Bestimmungen ergänzt werden.

#### Verdoppelte Ausfuhrabgaben.

Erregung in Handel und Industrie. Wie bestimmt verlautet, hat die Regierung Sonnabend morgen im Abgabenausschuß des Reichswirtschaftsrates den Antrag gestellt, die Ausfuhrabgabe mit sofortiger Wirkung zu verdoppeln. Der Exportindustrie und des Handels hat sich infolgedessen eine erhebliche Erregung bemächtigt. Es wird befürchtet, daß sich aus dem Vorhaben der Regierung, das mit der Marktsalutroble begründet wird, außerordentlich schwerwiegende Folgen für die deutsche Ausfuhr ergeben. Die Spitzenverbände von Handel und Industrie liede zahlreiche Adressierungen sind sofort bei allen beteiligten Stellen gegen den Regierungsantrag vorzulegen worden.

Die Maßnahme der Regierung fordert zur Kritik heraus. Die Bewegung auf dem Devisenmarkt verlangt gewisse Maßnahmen, aber so hemmlich wie die Regierung es mit der Verdoppelung der Ausfuhrabgaben handelt, läßt sich die Sache denn doch nicht regeln. Die verschiedenen Industriezweige bedürfen eine verträgliche Behandlung, und hier einfach mechanisch die Güte um das Doppelte zu steigern, heißt einzelne Industrien schwer schädigen. Auch dafür ist Sorge zu tragen, daß beim starken Sinken des Dollars — und in dieser Beziehung haben wir doch noch Hoffnungen — auch die Ausfuhrabgabe niedriger kommen wird.

#### Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Frankfurt a. M., 5. August. Zur Vorbereitung der Verhandlungen des vom 6. bis 11. August hier tagenden 28. internationalen Bergarbeiterkongreß ist der Vorstand des internationalen Bergarbeiterverbandes gestern unter Vorsitz des Engländers Smith, Mitglied des Unterhauses, hier zusammengetreten, dem der Verbandsvorsitzende Franz Bodges zur Seite steht. Vertreten waren außerdem Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Holland, Jugoslawien, Ungarn, Luxemburg und Nordamerika.

### Der Moskauer Prozeß.

Seit dem 1. Juni wird in dem Gebäude des ehemaligen Moskauer Adelsflusses ein Prozeß verhandelt, auf den immerhin nicht nur die Augen der gesamten Arbeiterwelt gerichtet sind. Es ist das Gerichtsverfahren, das die russische Sowjetregierung gegen 34 seit drei Jahren in den Gefängnissen sitzende Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei angehängt hat und das in diesen Tagen seinem Ende entgegengeht. Auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen, die der Herstellung einer Sozialistischen Einheitsfront galt, löbte dieses Gerichtsverfahren einen wichtigen Gegenstand des Streites. Die Vertreter der nicht kommunistischen Internationalen forderten, daß die Todesstrafe nicht ausgesprochen werde, und Abel machte damals die Zustimmung, daß das Leben der Angeklagten nicht angetastet werden solle. Den Beschlüssen dieses Kongresses hatten es die Angeklagten zu verdanken, daß ihnen weltliche Verteidiger: Bambergelbe, Liebnecht und Rosenfeld, beigegeben wurden, die freilich Moskau weit verlassen, weil sie einer ausgesprochen feindseligen Stimmung des Gerichts wie der bolschewistischen beeinflussten Massen begegneten und weil das Gerichtsverfahren ihre Verteidigung in einer ihnen unerträglich scheinenden Weise beengte. Denn es handelt sich im Grunde nicht um ein Gerichtsverfahren im engeren Sinne, sondern um einen rein politischen Akt, den allerdings die Sowjetregierung in Anlehnung an revolutionäre Traditionen, in die Form eines Rechtsverfahrens kleidet. Daher kommt es, daß dieses Verfahren durch Resolutionen von kommunistischen Zentralkomitees eingeleitet wurde, die offenbar nach einem bestimmten Plan im Gegensatz zu der Berliner Konferenz alle die Todesstrafe für die Angeklagten forderten. Man wollte eine starke Stimmung der Massen gegen die Angeklagten, zugleich aber natürlich auch gegen die noch immer lebendige Sozialrevolutionäre Partei, die argste Feindin der Bolschewisten, sichtbar machen.

Im Grunde kommt der ganze Prozeß recht unzeitgemäß. Wer wußte denn überhaupt noch außer den Nachtbetenden und Politikern der verschiedenen Internationalen, daß das in Moskau seit mehr als drei Jahren drei Dutzend Sozialrevolutionäre in den Gefängnissen der Sowjetregierung sitzen und auf ihre Aburteilung warten? Man hatte eigentlich angenommen, daß die unheimliche „Tscheka“ mit all diesen Elementen längst fagen Prozeß gemacht habe. Man kann auch zweifelhaft sein, ob die Sowjetregierung von Anfang die Absicht gehabt haben, in einem öffentlichen Verfahren die Verbrechen und Vergehen, die den Sozialrevolutionären zur Last gelegt werden und die sie gar nicht leugnen, zur Aburteilung zu bringen. Es hätte ja so kaum etwas geändert, die Angeklagten ohne förmlichen Urteilspruch in den Gefängnissen festzuhalten, um sie allmählich in Vergessenheit geraten zu lassen. Daß es es nicht getan haben, ist doch offenbar unter der Einwirkung des internationalen Sozialismus nicht kommunistischer Richtung geschehen, der eine Aburteilung verlangt hat. Aber eben diesen internationalen Sozialismus braucht das sozialistische Publikum, um „die Einheitsfront der Arbeiterpartei“ für die große Weltrevolution herzustellen, und eben deswegen ist es auch trotz den blutigen Resolutionen der Parteiverfassungen, der wider Reden von lebenden Bolschewisten und Artikeln ihrer Blätter nicht wahrheitsgemäß, daß man es zu einer Massenaktion der Angeklagten kommen lassen wird. Das würde die Klüft im internationalen Sozialismus für lange Zeit unüberbrückbar machen. Es gibt natürlich in der kommunistischen Partei schon eine Gruppe, die etwa den Plekhanowen von 1792 entspricht. Diese wird sicherlich buchstäblich die Köpfe der Angeklagten fordern. Aber die Regierung kann kein Interesse daran haben, in dem Augenblick, da sie die Anerkennung und das Kapital des Westens zu zeigen. Eine Verteilung ist, da die Angeklagten gar nicht leugnen, und da es sich durchaus um verurteilbare Unternehmungen gegen den bolschewistischen Staat, also „Schwerat“ handelt, selbstverständlich. Es wird vermutlich auch in den meisten Fällen auf den Tod erkannt werden, aber volltreden wird man die Strafe schwerlich.

Um was es sich bei diesen Angeklagten handelt, ist schon kurz angebeutet worden. Die Sozialrevolutionäre Partei ist zu einem wesentlichen Teil diejenige, die im Februar 1917 das Parlament in Moskau führten. Sie hat dann im Sommer 1917 unter Kerenski die Macht an sich gerissen, aber der gleichzeitige Abfall Kerenski war wie vorher der demokratische Professor Wilschum ein Phrasenhelb, der vollständig verlagte, als es sich für Russland darum handelte, aus dem Kriege herauszukommen. Er ließ sich ganz von den verlogenen Phrasen der Westmächte für deren imperialistische Politik einfangen, während das Land nichts anderes als Frieden begehrte und das Heer schon anfangs, auseinanderzubrechen. So konnten die Bolschewisten, deren Führer die deutsche Heeresleitung ins Land gelassen hatte, mit der Parole: Frieden, Land und alle Wälder den Räten, das die Regime der Sozialrevolutionäre, das sich von dem Bourgeoisregime der Radeleten kaum unterschied, fast unblutig über den Saufen werfen. Als dann die Bolschewisten die konstituierende Nationalversammlung durch ihre Methoden auseinanderjagten ließ, begannen die Sozialrevolutionäre ihr System individualistischer Terrors, mit dem sie früher den reaktionären Jansismus bekämpft hatten, gegen die neuen Wähler anzuwenden. Es folgten Morde an den Sozialisten, Trotski, Sinowjew und andere Führer des Bolschewismus, und nicht alle mißglücken, wie die Ermordung Molodtseffs

